

# RS Vwgh 2004/10/20 2004/04/0134

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 20.10.2004

## Index

L72003 Beschaffung Vergabe Niederösterreich  
20/01 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)  
40/01 Verwaltungsverfahren  
97 Öffentliches Auftragswesen

## Norm

ABGB §1175;  
AVG §9;  
BVerG 2002 §163 Abs1;  
BVerG 2002 §20 Z11;  
BVerG 2002 §30 Abs2;  
LVerG NÖ 1995 §25;

## Rechtssatz

Das einheitliche Angebot der Bietergemeinschaft kann nur als solches angenommen werden. Daher kommt auch das Interesse am Abschluss des Vertrages, das gemäß § 163 Abs. 1 BVerG für die Stellung eines Nachprüfungsantrages erforderlich ist, nur der Bietergemeinschaft als solcher zu (Hinweis Grasböck, Die Bietergemeinschaft als Nachprüfungswerberin (Teil 1), ZVB 2004, 203 ff). Im Erkenntnis vom 30. Juni 2004, Zl. 2002/04/0011, kommt der Verwaltungsgerichtshof daher zum Ergebnis, dass einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, die sich an einem Vergabeverfahren beteiligt hat, auch das gemäß § 25 des NÖ Vergabegesetzes, LGBl. Nr. 7200-2, einem "Bieter oder Bewerber" eingeräumte Recht der Stellung eines Nachprüfungsantrages zukommt.

## Schlagworte

Handlungsfähigkeit Prozeßfähigkeit

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2004:2004040134.X02

## Im RIS seit

02.11.2004

## Zuletzt aktualisiert am

31.10.2011

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)